



Dagmar Vogt-Janssen

Bürgerschaftliches Engagement und Generationendialog – Ressourcen im demografischen Wandel



Menschenleere Landstriche, überalterte Städte, Überforderung der jungen Generation, die die Finanzlast der Alten nicht mehr tragen kann – dies sind Bilder, die immer wieder mit dem demografischen Wandel in Verbindung gebracht werden. In der öffentlichen Diskussion wird die Alterung der Gesellschaft oft als Belastung vor allem für die sozialen Sicherungssysteme gesehen, aber immer mehr werden auch die positiven Seiten des Alter(n)s diskutiert und die Potenziale. In den Diskussionen über den demografischen Wandel wird meist außer Acht gelassen, dass es den demografischen Wandel nicht gibt. Eine Vielzahl unterschiedlicher Entwicklungen stehen hinter diesem Begriff, die eine differenzierte Betrachtung verlangen.

Die verschiedenen geografischen, wirtschaftlichen und bevölkerungsstrukturellen Rahmenbedingungen jeder Kommune führen zu unterschiedlichen Auswirkungen und Folgen des demografischen Wandels. Neben den vielfältigen Ausprägungen auf kommunaler Ebene, die auf einer grundlegenden Veränderung der Bevölkerungszahl und -zusammensetzung beruhen, sind auch weitere Änderungsfaktoren, wie ethnische und kulturelle Vielfalt, veränderte Familienstrukturen, andere Lebensstile und -formen einzubeziehen.

Dabei hat jede Kommune und sogar jeder Stadtteil eine spezifische Bevölkerungsstruktur und unterschiedliche Rahmenbedingungen (geografische Lage, Arbeitsmarktsituation, Situation auf dem Wohnungsmarkt, Fläche), wodurch der demografische Wandel viele verschiedene Ausprägungen hat und in jeder Kommune andere Auswirkungen und Folgen nach sich zieht. Dies führt dazu, dass es keine Patentrezepte gibt, wie mit den Herausforderungen des demografischen Wandels umgegangen werden kann und welche Lösungen entwickelt werden müssen. Insgesamt fällt die demografische Entwicklung regional sehr unterschiedlich aus und führt zu unterschiedlichen Ausgangslagen und Handlungsmöglichkeiten in Städten und Gemeinden.

Mit anderen Worten: Die Auswirkungen des demografischen Wandels sind vielfältig, aber sowohl der demografische Wandel selbst als auch seine Folgen sind durchaus politisch gestaltbar.

Das Thema demografischer Wandel ist ein Querschnittsthema, das alle Politikbereiche und kommunalen Handlungsfelder berührt und dessen Bearbeitung integrierte Handlungskonzepte erfordert. Kommunen teilen diese Einschätzung und arbeiten bereits mit integrierten Kommunalentwicklungskonzepten

als Schlüsselstrategie zur Bewältigung der unterschiedlichen quantitativen, qualitativen und teilräumlichen Aspekte des demografischen Wandels.

Auswirkungen demografischer Entwicklungen auf die Kommunen

Der demografische Wandel ist kein Phänomen, das isoliert betrachtet und behandelt werden kann, sondern Teil eines umfassenden sozialen Strukturwandels. Veränderte Bevölkerungszahl und -struktur sowie die Ausdifferenzierung der Lebensstile wirken sich insbesondere aus auf die Nachfrage nach Verwaltungsleistungen und personenbezogenen Infrastrukturleistungen wie z. B. Schulen, Kindertagesstätten, Pflege-, Sport- und Kultureinrichtungen, Friedhofs- und Verkehrswesen. Nicht zuletzt sind die öffentlichen Finanzen betroffen, und zwar auf der Einnahmen- wie auf der Ausgabenseite.

Die Kommunen werden im demografischen Wandel bei gleichzeitig kleiner werdendem Handlungsspielraum mit sinkender finanzieller Handlungskraft objektiv mit zunehmend wachsenden Aufgaben konfrontiert. Die Prozesse des demografischen Wandels führen deshalb in den Kommunen zu einem systematischen Beobachten (Monitoring), zu langfristigen Planungen und Prognosen (unabhängig von Wahlperioden) und zu einem noch stärkeren konzeptionellen Vorgehen.

Der demografische Wandel betrifft alle und geht alle an

Der demografische Wandel und seine Herausforderungen ist nicht nur Aufgabe der kommunalen Selbstverwaltung, son-

dern geht ebenso Einzelhandel, Wohnungswirtschaft, Wohlfahrtsorganisationen, Gesundheitswirtschaft und viele andere mehr an. In den meisten Handlungsfeldern sind Kooperationen mehrerer Akteure im kommunalen Raum notwendig. Darüber hinaus wird mit ethnischer und kultureller Unterschiedlichkeit als auch mit zunehmender Multimorbidität bei Anstieg altersspezifischer Erkrankungen und Mobilitätseinschränkungen umgegangen werden müssen. Diversity Management wird damit zu einer immer wichtiger werdenden Aufgabe innerhalb der Kommune. Die absehbaren demografischen Entwicklungen machen ein sozialraumorientiertes kommunales Handeln sowie interkommunale und ressortübergreifende Zusammenarbeit zur Daueraufgabe.

Kommunale Ermöglichungsstrukturen unterstützen Mitgestaltung

Weil sich Zahl und Struktur der Bevölkerung grundsätzlich verändern werden, kann die kommunale Infrastruktur ohne die Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Kräfte weder aufrechterhalten noch weiterentwickelt werden. Thomas Olk fordert deshalb die Verbesserung der individuellen Bedingungen für Engagement und die Ermöglichung bürgerschaftlichen Engagements für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen. Vor allem aber betont er die Notwendigkeit einer trisektoralen Vernetzung: die abgestimmte Aufgabenteilung zwischen kommunaler Verwaltung, Wirtschaft und zivilgesellschaftlichen Akteuren (Tagung „Bürgerschaftliches Engagement als Lebenseinstellung im demografischen Wandel“, 25./26.01.2010, Berlin).



Abb. 1: „World-Café“ auf der Tagung „Bürgerschaftliches Engagement als Lebenseinstellung im demografischen Wandel“ (Foto: Kellermann)

Das „Miteinander-Gestalten“ tritt stärker in den Vordergrund und sorgt dafür, dass sich Menschen in ihren Kommunen engagieren, wohl fühlen und dort alt werden. Der Aufbau von Engagementstrukturen und Netzwerken ist für eine moderne Kommunalpolitik grundlegend und notwendig. Die Ermöglichung von bürgerschaftlichem Engagement ist eines der wichtigsten Felder zukünftiger Kommunalarbeit.

Aufgrund knapper werdender Finanz- und Personalressourcen und wachsender Ressourcen an ungenutztem Wissen und Können der Älteren muss eine Einbindung der älteren Generation in die kommunale Arbeit angestrebt werden. Kommunale Stellen, die Projekte und Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern unterstützen, initiieren und fördern, sind bekannt zu machen.

Bürgerschaftliches Engagement als Ressource

Immer wieder wird die Frage aufgeworfen, welche Chancen und Möglichkeiten das bürgerschaftliche Engagement anbietet, um den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen und welche Rolle es im demografischen Wandel spielt. Zur Beantwortung dieser Fragen ist zunächst erforderlich, die Bereiche, in denen vor Ort bürgerschaftliches Engagement stattfindet, zu identifizieren.

Um die lokale Typografie des bürgerschaftlichen Engagements zu analysieren und Chancen sowie Förderungsmöglichkeiten aufzuzeigen, inwieweit bürgerschaftliches Engagement als Ressource für die kommunale Entwicklung zu nutzen ist, hilft die Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Engagementformen und -aktivitäten gibt es vor Ort?
- Welche Organisationen und Einrichtungen sind Träger des Engagements?
- Wie und in welchem Maße fördert die Kommune das Engagement?
- Wer engagiert sich, auf welche Weise und mit welchen Motiven und Erwartungen?
- Wie kann die Engagementförderung verbessert werden?

Der vertiefte Einblick in vorhandene Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements ermöglicht zudem, hemmende Strukturen zu beseitigen und Engagement fördernde auf- und auszubauen. Ziel sollte die Entwicklung passgenauer Lösungen zur Strukturverbesserung unter Einbeziehung von Bürgern, Kommunalverwaltung und Wirtschaft sein.

Bürgerschaftliches Engagement und Generationendialog im kommunalen Nahraum

Das bürgerschaftliche Engagement wird seit vielen Jahren in unterschiedlichsten Zusammenhängen diskutiert. Bekannte Beispiele dafür sind der Bericht der Enquete-Kommission zum Thema „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (Bundestagsdrucksache 14/8900) und das seit 2002 in diesem Feld arbeitende Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Ein weiterer Grund, weshalb das Bürgerschaftliche Engagement zum häufig diskutierten gesellschaftspolitischen Thema geworden ist, beruht vermutlich darauf, dass die „Jun-



gen“ und „Neuen Alten“, die das Ruhestandsalter erreicht haben, nicht daran denken, sich zur Ruhe zu setzen und sich bei der Gestaltung ihres kommunalen Nahraums einbringen und mitwirken wollen (vgl. Amrhein, o.J.).

Mit dem demografischen Wandel wird die geringere Geburtenzahl in den Familien letztlich dazu führen, dass die Verwandtschaftskreise schrumpfen werden. Innerhalb der Familien müssen Unterstützungsleistungen auf immer weniger Schultern verteilt werden. Aus diesem Grund ist gerade die mittlere Generation wachsenden Anforderungen und immer mehr einer Überforderung ausgesetzt. Das Modell der Kleinfamilie verliert aufgrund der geringeren Geburtenzahlen und örtlichen Trennung einen wesentlichen Teil seines solidarischen Potenzials. Die auf Blutsverwandtschaft gegründete soziale Unterstützung reicht heute schon an vielen Stellen nicht mehr aus. Für die Lebensqualität im Alter ist deshalb ein generationenübergreifendes/-verbindendes soziales Netz notwendig (vgl. Schüler, o.J.).

Altersvorsorge ist damit mehr als nur eine finanzielle Angelegenheit; Generationsübergreifende Fürsorgebeziehungen müssen aufgebaut werden (vgl. Opaschowski 2004). Auch die EU-Kommission fordert eine „neue Solidarität zwischen den Generationen“, wenn sie sagt, dass die Gesellschaften neue Wege finden müssen, um das Wachstumspotenzial zu nutzen, das die jüngeren Generationen und die älteren Mitbürger bieten. Aus ihrer Sicht ist ein Beitrag aller Akteure zur Bewältigung des demografischen Wandels erforderlich, um eine neue Solidarität zwischen den Generationen zu entwickeln, die aus gegenseitiger Unterstützung und dem Transfer von Kompetenzen und Erfahrung erwächst (aus: Mitteilung der EU-Kommission 2005).

Um einen solchen Generationendialog zu ermöglichen, müssen Kommunen so organisiert und strukturiert werden, dass sie für die Kreativität und das bürgerschaftliche Engagement aller Generationen offen sind. Es gilt, beteiligungs offene Strukturen zu schaffen, die zur Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger einladen und deren kreatives Potenzial freisetzen. Das betrifft in besonderer Weise die Älteren, deren Ausgrenzung viel zu lange über negative und defizitäre Altersbilder betrieben wurde. Aber es geht gleichermaßen um die Jugend, die jenseits von Alibi-Veranstaltungen reale Möglichkeiten der Beteiligung erhalten muss (Kubisch 2010), und es geht um Menschen mit Migrationshintergrund, die in eine zielgruppenorientierte Beteiligungskultur eingebunden werden müssen.

Generationsübergreifende Arbeit ist kein Selbstläufer, sondern muss gezielt angegangen werden. Es gibt mittlerweile zahlreiche kommunale Strukturen, wie z. B. kommunale Begegnungsstätten, Familienzentren, Kulturbüros und -zentren, Senioren(service)büros, Freiwilligenagenturen, Bürgervereine, Sportvereine, Volkshochschulen, die mit festen Angeboten wie z. B. Singen, Theater, Zeitzeugenprojekte, aber auch offenen Treffs Räume zur Begegnung zwischen Alt und Jung

bereithalten. Als eine vielerorts vorhandene und bundesweit bekannte Einrichtung zur Förderung des intergenerationellen Dialogs sind die Mehrgenerationenhäuser zu nennen. Jede der genannten Einrichtungen bietet jedoch zu Recht auch Räume und Aktivitäten für nur eine Generation an, denn jede Generation braucht zusätzlich ihr eigenes Betätigungsfeld (z. B. den Jugendclub, die Seniorengymnastik).

Eine Engagement fördernde Infrastruktur weist Informations-, Beratungs- Vermittlungs- und Qualifizierungsangebote auf. Solche Infrastruktureinrichtungen finden sich mittlerweile vielerorts und sorgen dafür, dass bürgerschaftlich Engagierte informiert, beraten und vermittelt werden und dort Öffentlichkeitsarbeit betreiben, Vernetzungsstrukturen entwickelt und Fortbildungen organisiert werden.

Bürgerschaftlich engagierte Menschen stellen eine unschätzbare wertvolle Ressource dar und sollten auch als solche behandelt werden. Es ist daher besonders wichtig, gemeinsam mit ihnen sinnvolle Aufgaben zu finden, die Freude bereiten und den Interessen und Kompetenzen der Engagierten entsprechen. Ferner sind Mitwirkungs- und Fortbildungsmöglichkeiten der Engagierten sowie klare Informationen über vorhandene Engagementbereiche, über Bedarfe in neuen Bereichen, über Rahmenbedingungen wie Zeit- und Kostenaufwand und -erstattung, Versicherungsschutz usw. notwendig. Fortbildungen sind wichtig, um die Selbstentfaltung, Persönlichkeitsentwicklung und Mitgestaltungsmöglichkeiten zu fördern. Unterschiedliche Angebote müssen den Interessen- und Motivlagen der Engagierten angepasst werden. Dabei ist auch die zeitliche Einbindungsmöglichkeit zu beachten. Zeitlich befristete oder zeitflexible Engagementangebote oder Angebote mit Projektcharakter werden zunehmend besser angenommen als solche, die über einen längeren Zeitraum angelegt sind.

Tagung „Bürgerschaftliches Engagement als Lebenseinstellung im demografischen Wandel“ befasst sich mit Funktionen, Ausprägungen und Potenzialen des bürgerschaftlichen Engagements im demografischen Wandel

„Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun – wir sind auch für das verantwortlich, was wir nicht tun.“ (Laotse).

Der demografische Wandel ist kein abstraktes Zahlenspiel, sondern er ist in der Realität angekommen. Er ist spürbar und lässt sich nur gestalten, wenn jede und jeder eine gewisse Lebenseinstellung mitbringt – und das ist keine Frage des Alters. In der Veranstaltung „Bürgerschaftliches Engagement als Lebenseinstellung im demografischen Wandel“, die von der AG „Demografischer Wandel“ des BBE am 25./26. Januar 2010 gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin durchgeführt wurde, haben sich Bürgerinnen und Bürger, Akteure aus Politik, Wohlfahrtsverbänden und Wirtschaft mit den Schlagwörtern, die den demografischen Wandel charakterisieren [„weniger, älter, bunter“], auseinandergesetzt und in Thesen zusammengefasst (vgl.: Stiftung demokratische Jugend, o.J.).

Weniger: Wir brauchen mehr Phantasie und Offenheit für gemeinsame Räume des Engagements und andererseits eine klare Berücksichtigung der Bedürfnisse junger Menschen. Als Herausforderung identifiziert Heidemarie Rubart jugendgerechte Zugänge und Partizipationsmöglichkeiten, um jungen Leuten Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen, beispielsweise eine Art „Generations Mainstreaming“ analog zum Gender Mainstreaming, das vor allem auf kommunaler Ebene seit Jahren erfolgreich zum Einsatz kommt. „Letztendlich geht es uns um ein dialogisches Miteinander“, betont Heidemarie Rubart. „Wir müssen uns unsere Offenheit bewahren und Stereotype überwinden, damit aus dem demografischen Wandel kein Generationenkonflikt erwächst“, sagt sie (Heidemarie Rubart, stellvertr. Sprecherin AG 8 BBE auf der Tagung „Bürgerschaftliches Engagement als Lebenseinstellung im demografischen Wandel“, 25./26.01.2010).

Älter: Ältere können „Mittler zwischen den Generationen“ sein, „weil sie über wichtige Ressourcen verfügen: Lebenserfahrung und Zeit“ (Dagmar Vogt-Janssen, Sprecherin AG 8 BBE auf der Tagung „Bürgerschaftliches Engagement als Lebenseinstellung im demografischen Wandel“, 25./26.01.2010).

Bunter: Als Potenzial und Herausforderung sehen auch die Migrantinnen und Migranten das bürgerschaftliche Engagement. „Es kann das Selbstbewusstsein der Migrantinnen und Migranten stärken und ihnen selbst Ressourcen aufzeigen“, erklärt Meltem Baskaya vom Kompetenz-Zentrum Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe, Berlin. (Tagung „Bürgerschaftliches Engagement als Lebenseinstellung im demografischen Wandel“, 25./26.01.2010).

Welche Ziele verfolgt die Arbeitsgruppe 8 „Demografischer Wandel“ des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement?

Die Arbeitsgruppe „Demografischer Wandel“ hat es sich zum Ziel gesetzt, die Auswirkungen des demografischen Wandels für das bürgerschaftliche Engagement in seiner ganzen Breite in den Blick zu nehmen und anhand bestehender Erfahrungen, Handlungsstrategien für die unterschiedlichen Akteure und Felder im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements zu entwickeln.

Schwerpunktt Themen der Arbeitsgruppe sind dabei:

- Potenziale älterer Menschen bei der Bewältigung der demografischen Herausforderungen,
- demografische Strategien und Handlungsempfehlungen zur Teilhabe Älterer an der Gesellschaft,
- bürgerschaftliches Engagement und Kommunen im demografischen Wandel,
- Generationendialog im demografischen Wandel,
- Engagement partizipationsungewohnter und engagementferner Menschen,



Abb. 2: Abschlusspodium auf der Tagung „Bürgerschaftliches Engagement als Lebenseinstellung im demografischen Wandel“ (Foto: Kellermann)

- Engagement und Beteiligung von Migrantinnen und Migranten im demografischen Wandel,
- Engagement junger Menschen im ländlichen Raum,
- Freiwilligendienste aller Generationen und ihre Auswirkungen auf die Engagementlandschaft.

Folgende Fragen stehen dabei im Mittelpunkt:

- Vor welche unterschiedlichen Herausforderungen werden die Kommunen angesichts des demografischen Wandels gestellt (Stadt-Land- und Ost-West-Unterschiede, Orte mit Alteingesessenen und zahlreichen Zugezogenen etc.)?
- Welche Bedingungen müssen erfüllt sein, um das gesellschaftliche Engagement der verschiedenen Generationen als festen Bestandteil des kommunalen Lebens zu verankern?
- Wie können die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere die Älteren stärker in kommunale Planungsprozesse eingebunden werden?
- Unter welchen Voraussetzungen können bislang „engagementferne“ Gruppen für ein Engagement gewonnen werden?
- Wie können Kommunen, Verbände und die Öffentlichkeit für das Thema „Demografischer Wandel und Bürgerengagement“ noch stärker als bisher geschehen sensibilisiert werden?
- Wie kann das bürgerschaftliche Engagement zu einem eigenständigen Aufgaben- und Politikfeld in der Kommunalpolitik entwickelt werden?
- Wie kann bürgerschaftliches Engagement für Kommunen im demografischen Wandel planbar werden? – Welche Engagementstrukturen sind übertragbar?

Zu den genannten Themen und Fragestellungen verfügt die AG „Demografischer Wandel“ seit den fünf Jahren ihres Bestehens mit jeweils vier Sitzungen pro Jahr mittlerweile über



einen großen Fundus an Diskussionsbeiträgen, Vorträgen, Veröffentlichungen, Literatur und Referenten. Es sind viele der genannten Themen diskutiert und für die Öffentlichkeit auf der Homepage des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (www.b-b-e.de) aufbereitet worden.

Planungen

In der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe am 18. November 2010 werden voraussichtlich aus den Reihen der Regierungsparteien Vertreter und Beauftragte für den demografischen Wandel eingeladen, um mit ihnen über die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements im demografischen Wandel und die damit in Zusammenhang stehenden Fragestellungen zu diskutieren.

Des Weiteren plant die AG „Demografischer Wandel“ Kernthesen über das bürgerschaftliche Engagement in den kommunalen Handlungsbezügen im demografischen Wandel zusammenzustellen und beim Deutschen Fürsorgetag 2012 in Hannover zur Diskussion zu stellen. Über Mitwirkungsmöglichkeiten in der AG 8 des BBE „Demografischer Wandel“ informieren die AG-Sprecherinnen.

Dagmar Vogt-Janssen

Sprecherin der AG 8 des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement „Demografischer Wandel“, Bereichsleiterin Kommunaler Seniorenservice Hannover, Landeshauptstadt Hannover

Quellen:

Amrhein, Volker: Generationendialog – eine Ressource im gesellschaftlichen Wandel, in: Engagement macht stark

Schüler, Bernd: Dialog der Generationen, Wege des Miteinanders von Jung und Alt, www.fes-online-akademie.de

Opaschowski, Horst W. (2004): Der Generationenpakt. Das soziale Netz der Zukunft, Darmstadt

Mitteilung der EU-Kommission vom 16.3.2005: Grünbuch „Angesichts des demografischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen“

Kubisch, Sonja (2010): Die Generationenakademie – eine Weiterbildung für Fachleute und Engagierte in den Gemeinden; Vortrag auf dem Sommerforum des Projektbüros Dialog der Generationen, Bornholm

Dokumentation der Fachtagung „Bürgerschaftliches Engagement als Lebenseinstellung im demografischen Wandel“, Stiftung demokratische Jugend, www.stiftung-demokratische.de

Umgestaltung von innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen: Ortsdurchfahrten – Ortseingänge – Knotenpunkte – Rad- und Fußgängerverkehr

Montag, 10. Januar 2011 in Frankfurt/Main

Montag, 31. Januar 2011 in Berlin

Mittwoch, 2. März 2011 in Dortmund

In Zeiten knapper Kassen und „Schlagloch-Patenschaften“ werden Investitionen in die kommunale Verkehrsinfrastruktur zunehmend schwieriger. Umso wichtiger ist es, die Mittel gezielt für eine tragfähige „Ertüchtigung“ des innerörtlichen Straßennetzes einzusetzen. Dabei hat die Umgestaltung von Ortsdurchfahrten und von innerstädtischen Hauptverkehrsstraßen eine zentrale Bedeutung. Von Tempo-Bremsen am Ortseingang über die Anlage gesonderter Verkehrsanlagen für Radfahrer und Busse bis hin zur Organisation des Lieferverkehrs gibt es zahlreiche Möglichkeiten, um neuralgische Punkte zu entschärfen und die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Hier kann man vieles tun – und auch vieles falsch machen!

- Wo liegen die Unfallschwerpunkte an Hauptverkehrsstraßen?
- Wie lässt sich die Geschwindigkeit des motorisierten Verkehrs am besten steuern?
- Welche Flächenaufteilung ist bei begrenzten Ressourcen sinnvoll?
- Worauf ist beim Bus-, Rad- und Fußgängerverkehr zu achten?
- Wo bleiben das Parken und der Lieferverkehr?

Ihre Referenten:

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Jürgen Gerlach

Leiter des Lehr- und Forschungsgebietes Straßenverkehrsplanung und Straßenverkehrstechnik an der Bergischen Universität Wuppertal. Ausbilder von Sicherheitsauditoren. Mitglied der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft (DVWG) und der Vereinigung der Straßen- und Verkehrsingenieure (VSVI), Mitglied und Leiter verschiedener Arbeitsgruppen in der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Dipl.-Ing. Richard Dohmen

Geschäftsführer der Ingenieurgesellschaft Stolz mbH, Neuss. Mitglied der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft (DVWG) und Mitglied im Arbeitskreis „Empfehlungen für die Konzeption innerörtlicher Verkehrsnetze“ und im Arbeitskreis „Berechnungsverfahren“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Tagungsgebühren:

260,00 Euro für Mitglieder des vhw

315,00 Euro für Nichtmitglieder

Weitere Informationen:

Telefon (030) 390473-220 oder www.vhw.de